

# Vorfahrt fürs Rad

Grüne Bürgerschaftsfraktion fordert Express-Trassen in Bremen / Masterplan soll Anteil am Straßenverkehr kurzfristig auf 30 Prozent steigern

VON MICHAEL BRANDT

Bremen. Die Grünen schlagen vor, in Bremen zwei Express-Trassen für Fahrradfahrer einzurichten. Die erste Schnellstraße soll vom Marktplatz bis zur Uni führen und später in anderer Richtung über die Neustadt bis nach Huchting verlängert werden. Die zweite Trasse soll von der Innenstadt über den Gröpflinger Grünzug bis nach Olesbushausen reichen. Auf diesen Routen soll das Rad zum bevorzugtesten Verkehrsmittel werden. Ziel sei es, so die Abgeordneten Ralph Saxe und Carsten Werner, den Anteil des Fahrrads am Verkehr von zurzeit 26 erst auf 30, dann auf 50 Prozent zu steigern.

Saxe skizzierte gestern die grundsätzliche Marschrichtung: „Der Autoverkehr muss Fläche abgeben zugunsten des Radverkehrs.“ Die grüne Bürgerschaftsfraktion fordert deshalb einen sogenannten „Masterplan Fahrradverkehr“. Den Radverkehr kurzfristig auf 30 Prozent zu steigern und dann die Ziele höher zu stecken, – das hätte nach Ansicht der Grünen Vorteile für die Menschen und die Stadt. „Durch den Umstieg auf das Fahrrad würden die Werte von Feinstaub und Stickstoffdioxid nachhaltig gesenkt werden. Zusätzlich wäre viel für die aktive Gesundheitsprävention gewonnen.“ Bremen, so hoffen die Fahrrad-Bewegten, könne zudem das Profil als Modellstadt weiter schärfen.

### Gewünscht: Autofreie Sonntage

Der Masterplan Fahrradverkehr soll, so die Vorstellung, Grundlage für alle weiteren Entscheidungen sein. Dabei geht es nicht immer um die großen, spektakulären Projekte. Die Fortsetzung der autofreien Sonntage etwa oder zusätzliche Fahrradstellplätze in der Innenstadt – das sind kleinere Bausteine. Wann übrigens der nächste autofreie Sonntag in der Innenstadt geplant ist, konnte die Verkehrsbehörde gestern noch nicht sagen.

Ein Bestandteil des Masterplans sollten laut Saxe und Werner die genannten Express-Trassen sein. Während der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen ist darüber bereits diskutiert worden,

jetzt drängt das Thema zurück auf die Tagesordnung. Autos sollen auf den Routen mit Rad-Vorfahrt eine untergeordnete Rolle spielen, erklärte Ralph Saxe. Sie sollen aber nicht komplett von diesen Trassen verbannt werden. Die Ampelschaltungen auf den ausgewählten Strecken sollen auf den Radverkehr ausgerichtet werden. Und

teilweise müsse auch der Straßenraum neu aufgeteilt werden. Auf der Achse vom Marktplatz zur Universität wäre dies laut Saxe in der H.-H.-Meyer-Allee der Fall. Dort müssten seiner Ansicht nach die parkenden Autos in den Bereich des heutigen Radwegs, die Räder hingegen auf die Straße.

Neben den beiden Fahrrad-Expressrouten sollte das Netz an Fahrradstraßen ausgebaut werden; jünger war eine in der Wachmannstraße entstanden. Die Herangehensweise: Zählungen vor Ort sollen ergeben, wo das Fahrrad das vorherrschende Verkehrsmittel ist. Außerdem sollten nach Ansicht der Politiker einige Knotenpunkte

auf ihre Fahrradtauglichkeit hin überprüft werden. Saxe bezeichnete zum Beispiel die Domshöhe als Barriere für Radfahrer. Die Überseestadt ist nach Einschätzung der radehenden Politiker schlecht angeordnet. Sie wünschen sich in diesem Punkt Nachbesserungen.

Außerdem solle geprüft werden, in welchen Straßenzügen es möglich ist, breite Radfahrstreifen auf der Straße einzurichten, nach dem Beispiel der vorderen Wachmannstraße und der Hamburger Straße. In dieser Frage wollen die Grünen eine „stadtweite Analyse“.

### CDU protestiert

Die Grünen wollen ihr Bündel an Vorschlägen jetzt mit dem Koalitionspartner SPD besprechen. Außerdem kündigen sie Regionalkonferenzen an, um die Bezirks- und Verkehrsclubs wie den ADFC in die Diskussion einzubinden. Carsten Werner: „Wir wollen eine Beteiligung von Anfang an.“

Klar ist, dass die Grünen bei ihren Plänen den eigenen Senator an der Seite haben. Joachim Lohse hat erst kürzlich auf der Wilhelm-Kaisen-Brücke eine Fahrrad-Zählstation eingeweiht. An den Achsen um die Innenstadt, die von vielen Radfahrern genutzt werden, soll künftig die Frequenz genau erfasst werden, um genauer planen zu können. Die Aktion löste allerdings Widerspruch aus. Bürger hatten sich gegen die – aus ihrer Sicht – sinnlose Ausgabe von 27.000 Euro für die Anzeigetafel gewandt.

Auch von der CDU gibt es Protest. Heiko Ströhm, verkehrspolitischer Sprecher: „Bremen braucht keine einseitige Verkehrspolitik zu Lasten der Autofahrer und des ÖPNV, sondern Konzepte, die alle Interessen berücksichtigen. Die Grünen schießen mit ihrem Vorschlag weit über das Ziel hinaus.“ Man könne sich auch für eine fahrradfreundliche Stadt einsetzen, ohne andere Verkehrsteilnehmer zu benachteiligen. Ströhm: „Wir würden es begrüßen, wenn die Grünen einen ähnlichen Tatendrang bei wichtigen Infrastrukturmaßnahmen an den Tag legen würden, die ins Stocken geraten sind. Beispielsweise beim Weiterbau der A 261.“